## **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

## Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Bilanz der Karlsruher Wirtschaftsförderung

urn:nbn:de:bsz:31-219097



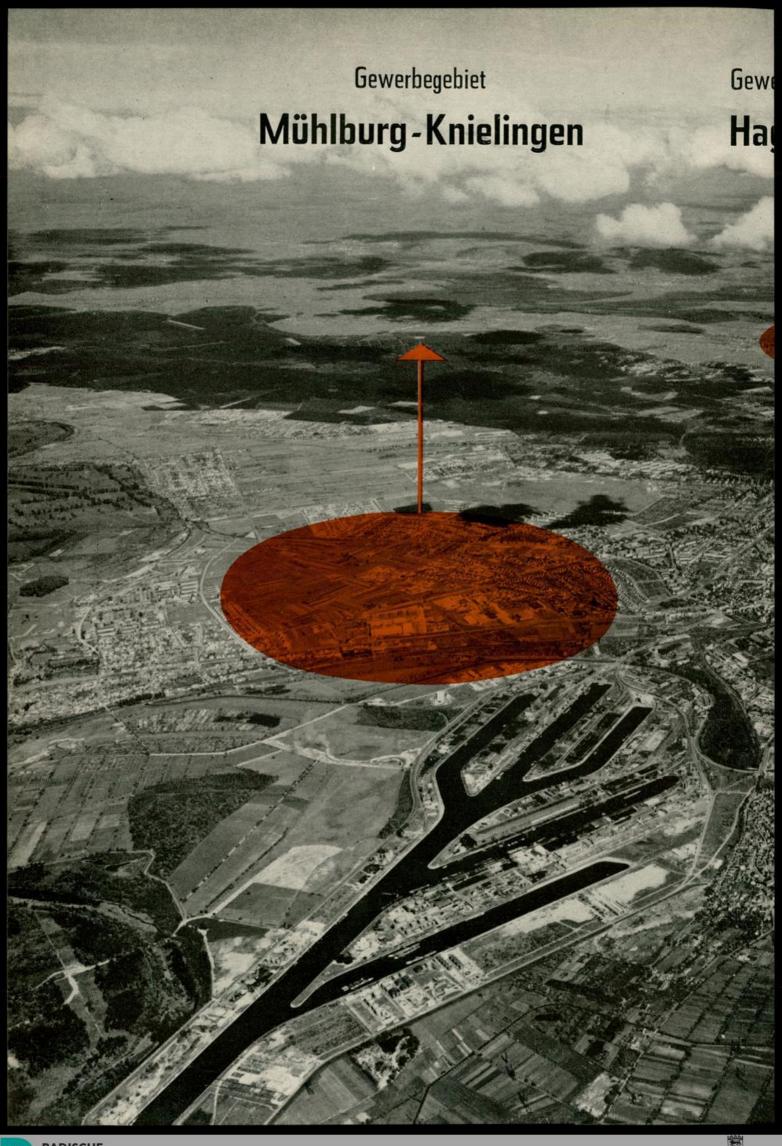
Bau der neuen Karlsruher Rheinbrücke · Luttbilder Seite 11 - 13: Albrecht Brugger, Stuttgart — Freigegeben vom Innenministerium Bd.-Witbg. Nr. 2/19647 u. 2/11105

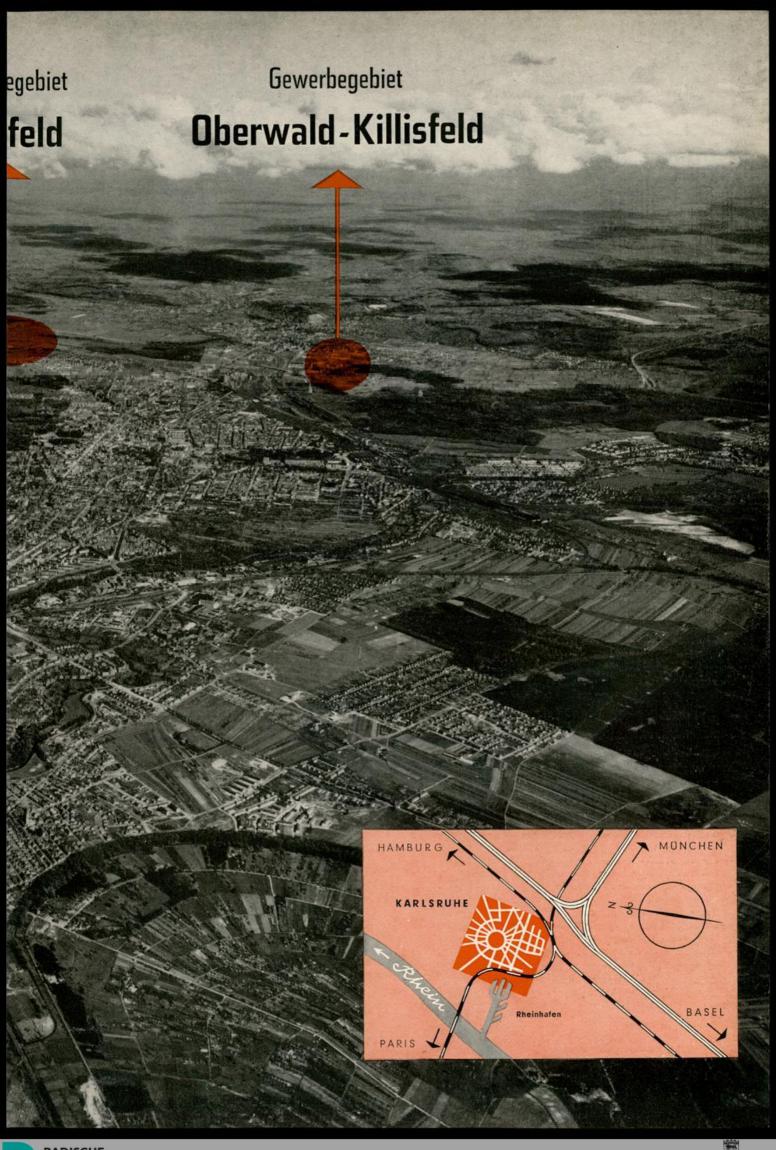
enn man der Meinung des Rechtshistorikers Dr. Wolfgang Leiser, Dozent an der Universität Freiburg, folgen will, dann war der Akt der Gründung der Stadt Karlsruhe am 17. Juni 1715 bereits eine Maßnahme der Wirtschaftsförderung. Denn Markgraf Karl Wilhelm, müde der unergiebigen Auseinandersetzungen mit den Bewohnern seiner bisherigen Residenzstadt Durlach, die sich hartnäckig, ohne Verständnis und wenig opferbereit, den großzügigen Aufbauplänen des lebensfrohen Markgrafen widersetzten, soll sich von der neuen Residenz nicht nur Ruhe von den kleinlichen Querelen, sondern auch neue wirtschaftliche Impulse für Stadt und Land versprochen haben. So habe der kaiserliche Generalfeldzeugmeister in seinen Aufrufen, die in das ganze europäische Ausland, vor allem nach Frankreich gingen, zur Ansiedlung in Karlsruhe nicht nur Lutheranern, Reformierten, Katholiken und Juden Religionsfreiheit zugesichert, er habe auch, den damals herrschenden merkantilistischen Wirtschaftstheorien folgend, Gewerbefreiheit verbürgt. Aber, so meint der Rechtshistoriker, die erhofften wirtschaftlichen Erfolge hätten sich nicht ein-

Es mag dahingestellt bleiben, ob dem Gedanken an wirtschaftlichen Aufschwung eine dominierende Bedeutung bei der Stadtgründung zugemessen werden kann (der Verfasser möchte dies bezweifeln), die Wirtschaftsbilanz, die die Stadt Karlsruhe an ihrem 250. Geburtstag aufstellen kann, kann sich jedenfalls sehen lassen. Niemand hätte es gewagt, bei der Gründung der Stadt vorauszusagen, daß Karlsruhe sich einmal zu einem Wirtschaftszentrum von so beachtlicher Größe entwickeln werde, niemand hat vor 250 Jahren geahnt, welch glückliche Hand der Stadtgründer mit der Wahl des Standortes hatte, und daß er so schon bei der Gründung die Voraussetzungen zur industriellen Entwicklung geschaffen hat, und niemand hat, insbesondere nach dem unglücklichen Ausgang des zweiten Weltkrieges, in dem die Stadt zu 40 % zerstört wurde, zu hoffen gewagt, daß die Stadt einmal wieder ein blühendes Gemeinwesen werde. Die Stadt in Schutt und Asche,

die Industrie ausgebrannt und zerbombt, die Bürger in großer Zahl evakuiert, das war die Bilanz des Jahres 1945, und doch überstand die Stadt. Sie erkannte sich selbst. Sie trotzte dem Schicksal, ihr Lebenswille war ungebrochen. Sie wollte leben und sie lebte. Und das, was einst vor 250 Jahren vage Hoffnung gewesen sein mag, ist heute Realität: Die Stadt steht in voller Blüte. Sie wächst und gedeiht und ist voller Geschäftigkeit. Sie ist zu einem interessanten Zentrum wirtschaftlichen Managements geworden. Sie bietet viele Möglichkeiten, aber was noch mehr ins Gewicht fällt, sie ist eine "Stadt mit Zukunft", und so ist zu verstehen, daß der Entwicklung von Karlsruhe am Oberrhein heute noch größere Bedeutung zugemessen wird als bisher. Karlsruhe hat die Chance, "in der Achse der EWG (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft) zum Zentrum einer Bandstadt Europas zu werden, wenn man Gedanken höheren Orts Glauben schenken will. Karlsruhe kann also eingereiht werden in die Reihe der Städte Antwerpen, Rotterdam, Köln über Mannheim bis Basel, wie diese begünstigt durch die Rheinebene und die dadurch ermöglichten, für die Wirtschaft unentbehrlichen Verkehrsverbindungen auf dem Wasser, der Schiene und der Straße.

Das übertrifft sicher die phantasievollsten und kühnsten Träume des Gründers der Stadt. Der Erfolg hat aber auch wenig mit Träumen zu tun. Er beruht auf einer nüchternen Einschätzung der Lage, auf kommunalpolitischem Weitblick und Wagemut, gepaart mit Verantwortungsbewußtsein, kaufmännischem Kalkül und einem unbeirrbarem Optimismus. Dabei mag auch ein wacher Geist und ein Gespür für die Möglichkeiten eine Rolle spielen, die der Zeit entsprechen und die die Zeit einräumt. Markgraf Karl Wilhelm, noch ungebrochener absolutistischer Fürst, war demzufolge Anhänger des merkantilistischen Wirtschaftssystems. Sein Nachfolger, Markgraf Karl Friedrich, der spätere Großherzog, beschäftigte sich intensiv mit der neuen, in Frankreich damals aufgekommenen nationalökonomischen Schule der Physiokraten. Selbst noch vom Absolutismus überzeugt, wandte er sich bereits einer libera-





leren Wirtschaftslehre zu. Neben Musterwirtschaften auf den markgräflichen Gütern entstanden erste Industrien wie die Fayence in Durlach. Der Verkehr wurde durch Straßenbau gefördert, und was die Libertät, eine der hervorragendsten Eigenschaften des Badischen Hauses unwiderlegbar beweist, schon 1783 wurde die Leibeigenschaft aufgehoben, ein Ereignis, das weit über die Grenzen des Landes Aufsehen erregte. Das ist verständlich, wenn man bedenkt, daß in Frankreich erst im Zuge der Revolution im Jahre 1789 die persönlichen Dienstbarkeiten aufgehoben worden sind und Württemberg sich hierzu wesentlich später im Jahre 1817 entschließen konnte. Auch die Befreiung von der Leibeigenschaft muß in diesem Zusammenhang als wirtschaftsfördernde Maßnahme gewürdigt werden, denn durch sie wurden erst die Kräfte freigesetzt, die in einem sich langsam anbahnenden industriellen Zeitalter zur Voraussetzung einer modernen Wirtschaft überhaupt gehören. Darin drückt sich aber auch die Achtung vor dem Menschen an sich, seiner Freiheit und Würde aus, die in der Toleranz der Stadt heute noch in gleicher Weise verstehend und ausaleichend nachwirkt.

So ist das Gesicht der Stadt Karlsruhe mit am stärksten durch den Geist der Libertät und Toleranz geprägt trotz der Katastrophe des Jahres 1945, trotz des Verlustes der Residenz und des Schwergewichtes als Landeshauptstadt. Freiheitliche Gesinnung und geschichtliches Bewußtsein, die Verbindung von Tradition und fortschrittlichem Denken, waren der Nährboden, auf dem die zertrümmerte Stadt aus dem Debakel des zweiten Weltkrieges wieder neu erstehen konnte. Jetzt aber nicht mehr als Residenz, als Verwaltungsmetropole, sondern unter einem neuen Aspekt mit der Zielsetzung der mobilisierung aller wirtschaftlichen Möglichkeiten, um aus eigener Kratt ein Wirtschaftszentrum aufzubauen, das der Stadt neue Impulse vermittelt, neue Chancen eröffnet und ihr einen Platz neben den älteren traditionellen Industriezentren sichert. Wie konnte dieses Ziel erreicht werden? War das nicht ein bißchen utopisch für eine so zerbombte Stadt, deren Einwohnerzahi um rund 50 000 auf 137 920 gesunken war? Mag sein, heute wissen wir, daß das Ziel keine Utopie gewesen ist, denn es ist weitestgehend erreicht. Erreicht, weil von Anfang an eine klare Konzeption über den wirtschaftlichen Aufbau der Stadt vorlag. Schon früh wurde erkannt, daß der wirtschaftliche Wiederaufbau ohne Hilfe der Stadt nicht möglich sein wird. Auf sich allein angewiesen, wäre die Wirtschaft, wenn überhaupt, so sicher in einem viel langsameren Tempo in Gang gekommen. Deshalb wurden die Aufgaben des wirtschaftlichen Aufbaus auch verwaltungsmäßig konzentriert in einem besonderen Sachgebiet innerhalb des Dezernates IV, dem heutigen Amt für Wirtschaft und Verkehr, dessen Aufgabe von allem Anfang an war:

- Allgemeine Pflege der wirtschaftlichen T\u00e4tigkeit im Wirtschaftsraum Karlsruhe, Erhaltung und St\u00e4rkung der ans\u00e4ssigen Industrie, des Handels und Gewerbes.
- Heranziehung aller Kräfte, Ämter und Stellen, die an dieser Aufgabe wirkungsvoll mitarbeiten können.
- Gewinnung neuer, gesunder Unternehmen, wichtiger Behörden und Verbände, die für die Weiterentwicklung der Stadt von besonderer Bedeutung sind.
- 4. Beratung und Unterstützung der Unternehmen der Industrie, des Handwerks und des Handels in vielfachen Fragen, sei es in der Vermittlung von Gewerberäumen, Wohnräumen für Schlüsselkräfte, Finanzierungs- und Kreditfragen, des Erwerbs geeigneten Geländes für die Errichtung von Fertigungsbetrieben oder Niederlassungen, in Genehmigungsfragen auf dem Bausektor oder aber auch auf dem Gebiete der staatlichen Gewerbeförderung und Finanzhilfe in enger Zusammenarbeit mit den hierfür zuständigen Stellen der Ministerien, des Regierungspräsidiums, der Ausgleichsämter, des Landesgewerbeamtes u. a.
- Förderung aller Einrichtungen, die Grundlage für eine günstige Entwicklung der heimischen Wirtschaft sind, so z. B. Eisenbahn-, Straßen-, Luftverkehr und Rheinschiffahrt.

Es ging also um die Erhaltung und Stärkung der einheimischen, eingesessenen Industrie, des Handels und des Gewerbes und um die Gewinnung neuer Unternehmen, die die Wirtschaftsstruktur der Stadt verbessern und geeignet sind, weitere Antriebe zu geben, also kurz formuliert, um die Stärkung der gesamten Wirtschaftskraft überhaupt. Dieses Ziel wurde aber nicht ängstlich und kleinmütig oder gar krämerisch nur im Hinblick auf unmittelbaren und sofortigen Gewinn höherer Gewerbesteuern anvisiert. Ausgangspunkt aller Überlegungen war stets das allgemeine Beste der Stadt auf weite Sicht unter Berücksichtigung ihres spezifischen Charakters und Wahrung eines gewissen Gleichgewichts. Es sollte eine gesunde, auch in Krisenzeiten lebensfähige Wirtschaft aufgebaut werden, die nicht von einem oder wenigen Produktionszweigen abhängig ist.

So wurden, um das bisherige Übergewicht in der Maschinenbauindustrie auszugleichen (1925 waren noch mehr als die Hälfte aller Industriebeschäftigten im Maschinenbau tätig), Firmen anderer Branchen angesiedelt. Die bedeutendste unter ihnen, das Wernerwerk für Meßtechnik der Firma Siemens & Halske AG., ist mit seinen heute über 7000 Beschäftigten zum größten Industrieunternehmen in Karlsruhe herangewachsen. Das Werk bildet den Schwerpunkt eines neuen Industrieund Gewerbegebietes zwischen den Stadtteilen Mühlburg und Knielingen, in dem neben verschiedenen einheimischen Betrieben, denen ihre alten Werkstätten in der Stadt zu eng geworden sind, besonders Betriebe aus Gablonz eine neue Heimat gefunden haben. Mit ihren weltbekannten Schmuckwaren ist es den "Gablonzern" gelungen, aus kleinsten Anfängen wieder Fuß zu fassen. Nach vollendetem Aufbau wurden zunächst 2500 meist weibliche Arbeitskräfte beschäftigt. Durch moderne Rationalisierungsmaßnahmen konnten jedoch in jüngster Zeit rund 900 Arbeitskräfte an andere Betriebe abgegeben werden.

Die Elektrobranche hat noch durch die Firma Tonfunk GmbH eine Bereicherung erfahren, die schon 1947 mit ihrem Aufbau in Karlsruhe begonnen und sich zu einem ansehnlichen Betrieb der deutschen Radioindustrie entwickelt hat. Aus 20 Beschäftigten wurden über 1000, so daß die Betriebsanlagen, die sich mitten in der Südstadt befinden, dringend erweitert werden müssen. Die Verlegung und Erweiterung wurde vor kurzem durch die weltbekannte Firma Grundig, Furth, ermöglicht.

Die Firma I. Gollnow & Sohn kam aus Stettin in Pommern (heute unter polnischer Verwaltung) und beschäftigt im Stahl-, Brücken- und Kranbau rund 500 Arbeiter. Sie hatte schon von Stettin her einen internationalen Namen und liefert ihre Erzeugnisse bis Südamerika, Nationalchina und Australien.

Zu den Pionieren der Neuansiedler in Karlsruhe gehören auch Firmen der pharmazeutischen Industrie. Schon 1946 verlegte die Arzneimittelfirma Dr. Willmar Schwabe ihre Fabrik von Leipzig nach Karlsruhe. Ausschlaggebend war, daß das erforderliche und geeignete Gelände zum Anbau der Heilmittelpflanzen beschafft werden konnte. Heute ist die Produktion von Leipzig weit übertroffen. Die Firma exportiert in die ganze Welt und befindet sich mit ihren 330 Beschäftigten immer noch im Ausbau.

Auch die Firma Pfizer GmbH. beschäftigt sich mit der Herstellung von Arzneimitteln, wenn auch nicht auf homöopathischer Basis wie die Firma Dr. Willmar Schwabe. Sie ist Teil eines amerikanischen Unternehmens, das zu den führenden Herstellern der chemisch-pharmazeutischen Industrie der Welt gehört. Mit der Firma Coty GmbH. & Co. aus Mainz, der Firma C. H. Buer, chemisch-pharmazeutische Fabrik GmbH. aus Köln, die beide nach Karlsruhe verlegt worden sind, verfügt die Fa. Pfizer GmbH. Karlsruhe über ein breites Fabrikationsband, das sich noch stetig erweitert und neue Fabrikationsanlagen erfordert. Die Möglichkeiten hierzu sind glücklicherweise auf dem 20 ha großen Industriegelände gegeben. Mit 1000 Beschäftigten ist die Firma Pfizer GmbH. der größte Betrieb im Industriegebiet "Hagsfeld" (Tagweidwiesen), das 1958 erschlossen wurde, und dessen völlige Bebauung von über 560 000 qm vor dem unmittelbaren Abschluß steht. Dieses nach modernsten Gesichtspunkten angelegte Industrie-, Gewerbe- und Handelsgebiet beweist, daß bei der Zuteilung von Industriegelände die alteingesessenen heimischen Betriebe, die in ihren bisherigen Fabriken, Werkstätten und Geschäften keine Ausdehnungsmöglichkeit hatten und die, um wettbewerbsfähig zu bleiben, ihre Betriebe nach modernen technischen und kaufmännischen Grundsätzen neu errichten mußten, volle Berücksichtigung fanden. Vor allem wurde den aus dem Handwerk erwach-



senen mittleren Betrieben die Chance gegeben, neuzeitliche und zweckmäßige Werksanlagen am Rande der Stadt zu errichten, wobei neben dem Zweck der natürlichen Ausdehnung gleichzeitig die "Entrümpelung der Innenstadt von Lärm- und Geruchsbelästigung" angestrebt wurde und schließlich in verkehrspolitischer Hinsicht wesentliche Erfolge erzielt werden konnten. Gerade in der letzten Zeit wurde von den Verantwortlichen für die Wirtschaftsförderung der Stadt in höherem Maße Wert darauf gelegt, das einheimische Gewerbe nicht zu vernachlässigen und auch ihm eine reelle Chance zu geben. Im Industriegebiet "Hagsfeld" befinden sich heute großgewordene Handwerksbetriebe, die vor kurzem noch in qualvoller Enge in alten, verwinkelten und unzureichenden Werkstätten ohne die erforderlichen verkehrsmäßigen Voraussetzungen arbeiten mußten, neben Großhandlungen und Bauunternehmungen. So umfaßt dieses Industriegebiet

3 Bauunternehmungen,

2 chemische Reinigungsanstalten und Wäschereien,

je eine

Bauschlosserei, Bau- und Möbelschreinerei, Autoreparaturwerkstätte,

je eine

Buchdruckerei, Lederwaren- und Handschuhfabrik, mechanische Werkstätte, Zylinderschleiferei,

1 Rolladenfabrik,

je einen Betrieb

des Maschinen- und Apparatebaues und für Zentralheizungen, Olfeuerungen und Klimaanlagen.

Außerdem ein kleines Großhandelszentrum mit 17 Großhandlungen der verschiedensten Branchen wie Lebensmittel, Getränke, Kekse, Tabakwaren,

aber auch Großhandlungen für Lkws mit Spezialauslieferungslagern, Getrieben, Eisen-Rohren und Blechen.

Von der Holzbranche Großhandlungen von Stühlen — Büromöbeln — Polstermöbeln — Furnieren, ein Möbeleinrichtungshaus. Gummiwaren und Campinggegenstände, Fußbodenbeläge, Fenster- und Türbeschläge und Werkzeuge und schließlich eine Großhandlung für Bindfaden — Klebebänder, Olbänder, Hanf — Jute und Zwirn; zudem haben zwei moderne Konstruktionsbüros dort einen Platz gefunden.

Dieses Ergebnis ist umso erfreulicher, als es sich bei den "Tagweidwiesen" nicht um allerbestes Baugelände gehandelt hat. Es wird gern eingeräumt, daß es auch Unternehmer gab, die sich scheuten, sich am Rand der Stadt niederzulassen und etwas schlechtere Bodenverhältnisse in Kauf zu nehmen. Kaum aber standen die ersten schmucken und modernen Anlagen, setzte ein solcher Sturm von Anträgen auf Geländezuteilungen ein, daß die Nachfrage nur zum Teil befriedigt werden konnte.

Noch schwieriger erschien die Erschließung des Industriegeländes "Oberwald-Killisfeld". Es handelte sich um ein geradezu verwahrlostes Waldgelände, das als Schuttabladeplatz benutzt wurde und das so tief lag, daß zunächst der Baugrund aufgefüllt werden mußte. Einheimische Firmen zeigten daher keine Neigung, zum "Oberwald-Killisfeld" zu verlagern. Den Anfang machte schließlich die Berliner Firma Dr. Alfred Ristow, elektrotechnische Spezialgeräte K. G. Dem Flüchtlingsunternehmen folgte zögernd die Werkzeugfabrik J. König, die wegen Lärmbelästigung auslagern mußte. Ein Durchbruch oder die allgemeine Anerkennung dieses Industriegebietes war jedoch noch nicht erfolgt. Trotzdem hielt die Stadtverwaltung daran fest, daß es sich hier um ein zukunftsträchtiges Industriegelände handele und verfolgte zielstrebig den Plan, hier vornehmlich Betriebe mittlerer Größe anzusiedeln, Betriebe, die sauber waren, d.h., bei denen Geruchsund Geräuschbelästigungen auf ein Minimum beschränkt waren. Es sollte ein aufgelockertes Industriegebiet mitten im Grünen mit aufeinander abgestimmten, schönen Betriebsstätten und sauberen Straßen werden. Die Standhaftigkeit der Stadtverwaltung wurde belohnt. Die Firma Diana Beck KG., Modell-Lederbekleidung aus Köln und weitere auswärtige, insbesondere Berliner Firmen, wie die Firma C. Bechstein, Pianoforte-Fabrik, die Firma Geka-Wärmetechnik oder die Firma
Gebr. Haake KG. müssen geradezu als Pioniere bezeichnet
werden. Ihnen folgten in kurzer Zeit insgesamt 34 Betriebe.
Auf einem Gelände von rund 480 000 qm, einschließlich der
Straßen, sind ungefähr 2500 Personen beschäftigt, das sind
im Schnitt pro Betrieb 70 Personen, wobei nur 2 Betriebe über
200 Beschäftigte zählen. Alteingesessene und ausgelagerte
Betriebe stellen dabei ein beachtliches Kontingent.

Zu diesen bis jetzt besprochenen drei in sich abgeschlossenen größeren Industriegebieten (Oberwald-Killisfeld, Hagsfeld und das Gelände zwischen den Stadtteilen Mühlburg und Knielingen) kommen weitere für Industrie, Gewerbe und Handel ausgewiesene und bebaute Flächen kleineren Ausmaßes wie die Wikingerstraße, die Zeppelin-, Hardeck- und Andreas-Hofer-Straße, die Durmersheimer Landstraße, der Binsenschlauch, die Gerwig-, Käppele-, Theodor-Rehbock-Straße und die Steinfeldstraße nebst dem Weinweg mit zusammen über 500 000 qm. Mehr als 300 000 qm liegen im mittelbaren Hafengebiet und 5 100 000 gm sind am neu erbauten Olhafen am Rhein für die Raffinerien DEA-Scholven und ESSO AG. und für die RDO (Rhein-Donau-Ölleitung) zur Verfügung gestellt worden. Mit den Raffinerien wurde Karlsruhe zum Ölzentrum am Oberrhein. Das OI wird durch eine 760 km lange Pipeline, die Karlsruhe mit Lavéra bei Marseille in Frankreich verbindet, herangeholt und zum Teil über die RDO nach Ingolstadt in Bayern weitergeleitet. Das war die großzügigste Industrieansiedlung in Karlsruhe, aber auch der entscheidende Durchbruch zum echten Industriezentrum. Mit den Raffinerien und der sich anschließenden Petrochemie wird das gesteckte Ziel, die Wirtschaft der Stadt auf möglichst breiter Basis aufzubauen, weitestgehend erreicht.

810 ha Gelände hat die Stadt seit 1945 Industrie, Handel und Gewerbe zur Verfügung gestellt, das ist wahrhaftig eine Bilanz, die sich sehen lassen kann. Das Ergebnis dieser wirtschaftsfördernden Maßnahmen wird besonders augenscheinlich an der Zahl der Firmengründungen und Neuansiedlungen. 265 neue Unternehmen sind im Zeitraum der letzten 20 Jahre entstanden, 265 Firmen mit rund 30 000 Beschäftigten.

Nun ist auch zu verstehen, daß Karlsruhe, 1945 noch 137 920 Einwohner zählend, im Jahre seines 250. Bestehens die stolze Zahl von 253 000 Einwohner erreicht hat und heute noch zu den Städten gehört, die im Wachsen begriffen sind. Stellt man die Frage, wie es weitergehen soll, dann muß gesagt werden, daß sich gerade durch den stürmischen Auf- und Ausbau der Karlsruher Wirtschaft verständlicherweise gewisse Engpässe auf dem Arbeitsmarkt ergeben haben, obwohl z.B. der Anteil der in der Industrie Beschäftigten, gemessen an anderen Städten, wesentlich geringer ist. Es kann auch ohne Fehlschluß davon ausgegangen werden, daß die Landwirtschaft in den kommenden Jahren noch Arbeitskräfte freisetzen wird. Immerhin wird erkannt, daß die Arbeitsmarktlage angespannt ist. Trotzdem wäre es falsch, auf Grund dieser Situation kategorisch jede Veränderung der industriellen Struktur unserer Stadt abzulehnen. Der Fortschritt in Wissenschaft und Technik verlangt Anpassung und Entwicklung, wenn man nicht ins Hintertreffen geraten will. Das bedeutet für die Industrie ständige Wandlung und Verbesserung; aber auch das Entstehen neuer Industriezweige und das Absterben alter Fertigungen. Es ist ständig und immer alles in Fluß.

Es kann also im Interesse der Stadt nicht der Standpunkt vertreten werden, daß auf dem industriellen Sektor nichts mehr zu tun sei. Es sind im Gegenteil erhebliche Anstrengungen zu machen, um die industrielle Produktion zu erhalten und zu steigern, wenn mit der Entwicklung, besonders im Hinblick auf die EWG, Schritt gehalten werden soll. Insofern ist die bereits ansässige Industrie zu unterstützen; dies kann zur Zeit am zweckmäßigsten dadurch geschehen, daß Wohnraum geschaffen wird, um zusätzliche Arbeitskräfte anzuziehen. Daher können die großzügigen Wohnungsbauprogramme der Stadt nur begrüßt werden.

Es wäre aber verfehlt, mit allen Mitteln jede Neuansiedlung zu verhindern. Kapitalintensive Betriebe könnten die Wirtschaftsstruktur, das Lohn- und Gehaltsaufkommen und somit die Kauf- und Wirtschaftskraft der Stadt noch erheblich verbessern. Entscheidungen fordern deshalb ein hohes Maß an Verantwortung, und es darf dabei nicht außer Betracht bleiben, daß Ansiedlungen vor den Toren der Stadt durch Abzug der Pendler die Arbeitsmarktlage ebenso beeinflussen wie Neuansiedlungen in der Stadt selbst. Dem kann nur begegnet werden durch höchste Wachsamkeit, zusammengefaßte Anstrengungen und Ausnutzung aller Vorteile, auch die der Agglomeration, wie sie eine Stadt von der wirtschaftlichen Bedeutung Karlsruhes bietet.



Siemens-Werke